



Protokollauszug zum AUSSCHUSS FÜR STADTENTWICKLUNG, HOCHBAU UND LIEGENSCHAFTEN

am Donnerstag, 22.04.2021, 17:00 Uhr, Online-Sitzung

ÖFFENTLICH

TOP 1

**Bildungszentrum West – Fortsetzung der
Neubauplanung mit reduziertem Raumprogramm
(Vorberatung)**

Vorl.Nr. 072/21

Empfehlungsbeschluss:

1. Der Überarbeitung der Vorplanung für den Neubau „Baufeld Schule“ und der Anpassung des Planungsauftrags an die Verwaltung und die externen Planer bis Abschluss Entwurfsplanung (LPH 2-3), entsprechend dem reduzierten Raumprogramm, wird zugestimmt.
2. Der Beauftragung der Leistungen an die MENOLD BEZLER Rechtsanwälte Steuerberater Wirtschaftsprüfer Partnerschaft mbB für die „juristische Beratung und Vergabemanagement“ zur Bauvergabe an einen Generalübernehmer auf Basis einer Funktionalausschreibung wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Empfehlungsbeschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

BMin **Schwarz** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Die Sitzung findet in einem Onlineformat als Videositzung statt. Hierzu ist im Vorfeld an die Stadträtinnen und Stadträte, die Presse und die beteiligten Verwaltungsmitarbeiterinnen und Verwaltungsmitarbeiter ein Link verschickt worden. BMin **Schwarz** prüft die Anwesenheit der Ausschussmitglieder und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Für die Bürgerschaft findet eine Übertragung in den kleinen Saal des Kulturzentrums statt. Nachdem es keine Änderungswünsche zur Tagesordnung gibt, ruft sie Tagesordnungspunkt 1 auf.

Frau **Barnert** und Herrn **Weißer** (Fachbereich Hochbau und Gebäudewirtschaft) berichten zur Neugestaltung des Bildungszentrums West mit reduziertem Raumprogramm anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

Stadträtin **Dr. Knoß** begrüßt den Neubau, der den alten Bau ablösen wird. Da dieser die Bausubstanz Asbest enthält, wäre damit auch den bekannten gesundheitlichen Auswirkungen des Schadstoffes auf die Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer ein Ende gesetzt. Sie bedauert, dass es weniger Fläche, vor allem für den Ganztagsbetrieb, geben wird. Sie betont außerdem, dass vor dem Hintergrund des Klimawandels ein klimaneutraler Betrieb des Bildungszentrums West wichtig sei. Dazu gehöre auch die Photovoltaikanlage auf dem Dach. Mit Blick auf die Zeichnungen, will sie wissen, warum eine Dachterrasse Richtung Norden geplant wurde und wie notwendig diese sei.

Da Klassen weiterhin in der Königin-Olga-Kaserne unterrichtet werden sollen, plane man aktuell eine Etage weniger als zuvor angedacht. Das Gebäude werde nicht niedriger. Sie bittet um nähere Erläuterung, wie das Gebäude gestaltet werden soll.

Sie freut sich, dass es beim Bildungszentrum West in Planung und Umsetzung vorangehe und appelliert, nicht zu vergessen, genug Damentoiletten einzuplanen.

Stadtrat **Braumann** lobt das nachhaltige und ökologische Vorzeigeprojekt. Er stellt dar, dass der Innenstadtcampus entlastet werden muss. Dies sei aufgrund der finanziellen Situation leider nicht umsetzbar. Er bittet darum, dass beim Bildungszentrum West so gebaut werde, dass bei Bedarf aufgestockt werden könne. Diesbezüglich wünscht er Auskunft. Ihm sei eine gründliche Planung sehr wichtig sowie das Einhalten der zeitlichen Umsetzung. Er halte den Neubau für richtig und keine Sanierung, gerade im Hinblick auf den verbauten Schadstoff. Stadtrat Braumann lobt die Entwürfe und Ideen. Er freut sich über eine "neue Mitte" in der Weststadt und betont, dass die Neugestaltung des Bildungszentrums ein Gewinn für die gesamte Bürgerschaft sei. Er bittet darum, die Stillarbeitsplätze aufzuzeigen und deren Anzahl zu nennen. Er signalisiert Zustimmung zu beiden Ziffern der Beschlussvorlage.

Stadtrat **Rothacker** schließt sich seinem Vorredner an, was den Neubau betrifft. Er stellt klar, dass für die Freien Wähler die Sporthallen in Oßweil und Poppenweiler Vorrang vor dem Bau der Sporthalle auf dem Schulareal haben. Er befürwortet die weitere Nutzung des Königin-Olga-Gebäudes. Er wünscht sich eine niedergeschriebene Formulierung im Beschluss zu den Finanzen, die besagt, dass die Baukostensumme abzüglich der Fördergelder 100 Millionen Euro betragen soll.

Auch Stadtrat **Juranek** signalisiert Zustimmung. Er hält Einsparungen dort für sinnvoll, wo nachgerüstet und ergänzt werden kann, beispielsweise im Sportbereich oder im technischen Bereich. Wichtig sei ihm, dass der eine Klassenzug später bei Bedarf wieder integriert werden könne. Die SPD-Fraktion werde zustimmen.

Dass beim Sport gespart werde, bemängelt Stadtrat **Eisele**. Dennoch findet er es gut, dass Freiflächen dafür vorgehalten werden um zu einem späteren Zeitpunkt eine Halle zu verwirklichen. Er hebt hervor, dass es ihm wichtig gewesen sei, dass in der Beschlussvorlage nun die Passage enthalte, dass 2025 von der Verwaltung geprüft werden soll, ob finanzielle Mittel vorliegen, um das "Baufeld Sport" umzusetzen. Zuvor hieß es, der Bau sei auf unbestimmte Zeit verschoben, was er für ungünstig hielt. Stadtrat Eisele stellt die Frage, ob es bereits ein Angebot der Rechtsanwaltskanzlei Menold Bezler gebe. Die Kanzlei unterstütze die Stadt beim Vergabeverfahren.

Um Kosteneinsparungen zu erwirken, plädiert er dafür, den vereinfachten Brandschutz unter Beachtung der gesetzlichen Regelungen, wie er in diesem Fall vorgesehen sei, auch bei anderen zukünftigen Projekten zu beachten.

BMin **Schwarz** erklärt, dass der Brandschutz bei einem Neubau meist einfacher und kostengünstiger umzusetzen sei als bei bereits bestehenden Gebäuden. Einsparungen bei der Vergabe könne sie nicht zusichern, aber Kostensicherheit zum Zeitpunkt der Vergabe.

Im Haushaltsjahr 2025 soll lediglich geprüft werden, ob bzw. wann die Sporthallen für das Bildungszentrum West finanziert werden können. Der Gemeinderat werde im Jahr 2025 eine Priorisierung der Sporthallen in Ludwigsburg vornehmen müssen.

Um den einen Klassenzug einzusparen gebe es zwei Möglichkeiten, zeigt sie auf. Entweder man nehme einen Stock runter oder man kürze das Gebäude. Sie spricht sich dafür aus, eine Flexibilität für nachfolgende Generation, die wahrscheinlich auch Baubedarf haben werden, zu wahren.

Die Bausumme von 100 Millionen Euro wolle man nicht überschreiten. Es handle sich bei den Kostenannahmen um Prognosen über einen Quadratmeterpreis pro Bruttogeschossfläche, die anhand gebauter Beispiele nachvollzogen worden seien.

Herr **Weißer** führt aus, dass man, um Kosten zu sparen, eine hochautomatisierte Amok- und Brandschutzanlage nicht einbaue. Sie sei gesetzlich nicht erforderlich und die bisherigen verbauten Anlagen haben zuverlässig funktioniert.

Eine mögliche spätere Aufstockung vorzubehalten sei sinnvoll in Hinblick auf wachsende Schülerzahlen.

Die Kanzlei Menold Bezler habe ein Angebot vorgelegt, das bei ca. 2.000 Euro liege, für Angebote dieser Art üblich sei.

BMin **Schwarz** beantwortet die Frage nach der Dachterrasse auf der Nordseite damit, dass es im Sommer extrem heiß werde und deshalb Schatten wichtig sei. Allerdings werde die Dachterrasse mit der Überarbeitung des Raumprogramms nochmals überprüft.

Stadtrat **Link** dankt für die Vorstellung der Planungen. Er kritisiert, dass erst in den Jahren 2025/2026 mit dem Bau angefangen werden könne. Außerdem setzt er sich dafür ein, dass auch die Finanzierung der Sporthallen in den anderen Stadtteilen mitberücksichtigt werde.

Stadtrat **Juranek** meint, für ihn muss eine Aufstockung nicht zwingend gegeben sein, wenn sich andere Möglichkeiten darstellen lassen, um einen weiteren Klassenzug integrieren zu können.

BMin **Schwarz** nimmt dies mit. Sie erklärt, dass die Planung länger dauere, da bei der Holz-Hybridbauweise sehr viele Details abgestimmt werden müssen. Auch die Ausstattung muss frühzeitig mitgedacht werden, bevor die Ausschreibung veröffentlicht wird. Die Bauphase an sich soll schnell voranschreiten.

Herr **Weißer** fügt zur Dachnutzung hinzu, dass es viele Flächen mit Fotovoltaikanlagen auf den Dächern gebe und ein CO₂-freier Betrieb gewährleistet werden könne.

Stadtrat **Braumann** ergänzt zu den Sporthallen, dass die Rektoren gute Ideen und Ansätze hätten und möglicherweise auch auf Sponsorensuche gehen könnten.

Nach dem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt BMin **Schwarz** über die beiden Beschlussziffern getrennt abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage der beiliegenden Machbarkeitsstudie von 2015 eine Entwurfsplanung mit Kostenberechnung für den Anbau eines Aufzugs und den Einbau eines Behinderten-WCs im Verwaltungsgebäude in der Oberen Marktstraße 1-3 fertigzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 7 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: - Stadträtin Burkhardt

Beratungsverlauf:

BMin **Schwarz** ruft TOP 2 auf. Sie hebt die Wichtigkeit des barrierefreien Umbaus der Oberen Marktstraße 1 bis 3 hervor. Dort ist der Fachbereich Bürgerschaftliches Engagement, Soziales und Wohnen sowie das Standesamt untergebracht. BMin Schwarz übergibt das Wort an Frau Barnert (Fachbereich Hochbau und Gebäudewirtschaft). Sie berichtet zum Thema anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

Stadtrat **Bauer** freut sich über den ersten Meilenstein, der finanziell machbar sei. Die Grünen stimmen zu, dass eine Entwurfsplanung und Kostenberechnung vorgenommen werden kann. Er betont, dass die Obere Marktstraße 1 bis 3 als Kulturdenkmal Stadtbild prägend sei, aber auch eine Verpflichtung. Er hofft, dass es keine Überraschungen gebe, wenn die Wände aufgemacht werden, so wie man es von anderen Projekten kenne. Er hält das Ausschöpfen von Fördermöglichkeiten für sinnvoll.

Der Außenanflug sei die einzige Möglichkeit einen Aufzug im Haus zu integrieren, meint er. Doch solche Aufzüge seien Unikate und oftmals mit hohen Folgekosten verbunden. Er bittet um eine klare Darstellung und Dokumentation der Maßnahmen auf die Klimabilanz in der Entwurfsplanung. Die Ankündigung als Pressemitteilung, dass die Stadt zukünftig für alle Entscheidungen einen Klimacheck vornehmen werde, begrüßt er.

Stadtrat **Link** warnt vor Folgekosten in diesem alten Gebäude, sobald in die Bausubstanz eingegriffen werde. Er kritisiert, dass es in den Fluren immer noch Stufen geben werde. Er sei nach wie vor für die Verlegung des Standesamts in die Wilhelmstraße 1 bis 5. Der Publikumsverkehr wäre dann auf einer barrierefreien Ebene im Erdgeschoss. Er wäre auch bereit für eine Vorortbesichtigung.

Stadtrat **Rothacker** widerspricht der Vorlage im Sinne der Freien-Wähler-Fraktion. Er erinnert, dass das Gremium sich geeinigt hätte die Wilhelmstraße 1 bis 5 nun für ca. drei Millionen Euro zu sanieren. Er befürwortet wie sein Vorredner, dass die Gebäude der Wilhelmstraße für den Publikumsverkehr genutzt werden sollen. Auch er befürchtet, dass in der Oberen Marktstraße 1 bis 3 das gesamte Gebäude saniert werden muss, sobald die erste Wand aufgerissen werde. Diese Maßnahme sei für den Anbau des Aufzugs notwendig. Es könnten unter anderem Brandschutzprobleme aufgedeckt werden, die eine weitergehende Sanierung bedingen.

Stadträtin **Liepins** erinnert, dass sie sich aufgrund der finanziellen Haushaltslage als Gemeinderat gegen die Verlegung des Trausaals in die Wilhelmsstraße ausgesprochen hatten. Sie weist darauf hin, dass im Beschlusstext nur der Anbau eines Aufzugs und eines behinderten WCs stehe. Weitere Schäden an der Fassade und an Fenster seien vorhanden, aber einen Startschuss für eine Generalsanierung möchte sie nicht geben. Stadträtin Liepins fühlt sich gegenüber den Bürgern dazu verpflichtet, einen behindertengerechten Zugang zu den Räumen zu ermöglichen. Dem Beschlusstext können die SPD-Fraktion so zustimmen.

Stadtrat **Eisele** beruft sich ebenfalls auf die zuvor im Ausschuss für Stadtentwicklung, Hochbau und Liegenschaften (SHL) im Dezember getroffene Entscheidung, die Wilhelmstraße anstatt für 18 Millionen Euro nur für drei Millionen zu sanieren und brandschutztechnisch auf den aktuellen Stand zu bringen. Er appelliert, die Diskussion um die Unterbringung der Räume in der Wilhelmstraße 1 bis 5 nicht erneut zu eröffnen. Für ihn sei die Vorlage logische Konsequenz aus dem vorhergehenden Beschluss. Die Obere Marktstraße müsse barrierefrei gestaltet werden. Er verstehe die Vorlage so, dass in der Entwurfsplanung die Sanierung mitbedacht werde und die Kosten herausgefunden werden. Er werde der Vorlage zustimmen. In Bezug auf die Stellplätze, die beim Bau des Außenaufzugs wegfallen, will er wissen, wer die Parkplätze dort nutze.

BMin **Schwarz** führt aus, dass der Gemeinderat den Beschluss gefasst habe, die Wilhelmstraße 1 bis 5 für 2,5 Millionen Euro umzubauen und sich nicht für die große Variante entschieden habe. Da die Obere Marktstraße 1 bis 3 weiterhin für den Publikumsverkehr genutzt werde, müsse diese in Folge barrierefrei gestaltet werden. Bei der Untersuchung sollen Bauschäden am Gebäude festgestellt werden, doch es wird keine Sanierung geben, sondern lediglich notwendige Reparaturen. Die jetzige Entscheidung sei nur ein Startschuss, der Fachbereich in die Planungen einsteigen könne. Die konkreten Pläne und Kosten würden dann später vorgestellt werden. Es handle sich hierbei um keine Baubeschluss. Die Unterbringung der Ämter in der Wilhelmstraße 1 bis 5 wäre schön gewesen, gibt sie zu, nur finanziell leider nicht machbar.

Herr **Weißer** (Fachbereich Hochbau und Gebäudewirtschaft) antwortet auf die Frage nach der Nutzung der Stellplätze. Dort würden momentan Mieter und Verwaltungsfahrzeuge parken, man sei mit diesen im Gespräch und es gebe bereits Vereinbarungen. Er hebt hervor, dass sich mit dem barrierefreien Umbau der Sanierungsstau selbstverständlich nicht erledigt habe. Man werde nur notwendige Reparaturen machen, keine Generalsanierung. Diese sei weder von Seiten der Stadt noch vom Gemeinderat aktuell gewünscht. Die Untersuchungen werden lediglich aufzeigen, was in Zukunft noch anstehe, um die Gebäude weiterhin zu erhalten.

Stadtrat **Rothacker** stellt in Frage, dass das behinderten WC vom Aufzug aus stufenlos erreicht werden könne. Er ist sich sicher, dass weiter eingegriffen werden müsse. Aus diesem Grund werde er für die Freien Wähler dagegen stimmen.

Stadtrat **Link** bittet Frau Barnert, etwas zu dem Durchgang in der Wilhelmstraße 1 bis 5 zu sagen, der wünschenswert wäre, um alle Gebäude ebenerdig zu erreichen.

BMin **Schwarz** gibt Stadtrat Link zur Antwort, dass er seine Fragen diesbezüglich lieber bilateral mit Frau Barnert abklären solle, zumal dies kein für den Beschluss relevantes Thema sei.

Stadtrat **Braumann** bittet darum, den Plan noch einmal in der Präsentation aufzuzeigen, um zu sehen, ob der Weg vom Aufzug zum Trauzimmer und des WCs Stufen enthalte.

Nachdem die Folie wieder eingeblendet ist, erklärt Frau **Barnert**, dass es kleine Schwellen gebe, die über einen schrägen Bodenbelag ausgeglichen werden können.

Daraufhin fragt Stadtrat **Braumann**, ob der Zugang jetzt schon barrierefrei sei oder ob es Handläufe an den Wänden gebe.

Handläufe werde es nicht geben, antwortet Frau **Barnert**. Der Zugang zum Trauzimmer werde über eine schiefe Ebene geregelt, Türschwellen und geringfügige Absätze zwischen den Gebäudeteilen, die zusammengebaut sind, seien bisher vorhanden. Diese würden jedoch schon jetzt mit niedrigen Rampen ausgeglichen werden.

BMin **Schwarz** fügt hinzu, dass die Türschwellen klassische Stolperfallen seien, die ausgeglichen werden sollen. Ein Handlauf sei nicht zwingend notwendig, da die Höhenunterschiede gering seien.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, lässt BMin **Schwarz** über die Vorlage Nr. 013/21 abstimmen.

TOP 3**Mündlicher Bericht Ausbau Photovoltaik in
Ludwigsburg**

Beratungsverlauf:

BMin **Schwarz** ruft TOP 3 auf.

Herr **Weeber** (Stabstelle Klima und Energie), Herr **Holtkämper** (Fachbereich Gebäudewirtschaft) und Herr **Schneider** (Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH, kurz: SWLB) erläutern den Sachverhalt anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

Stadtrat **Sorg** dankt den drei Vortragenden für die ausführliche Beantwortung des Antrags der Grünen-Fraktion. Er lobt die Potenzialanalyse und hält es für richtig, die städtischen Dächer sukzessive mit Photovoltaik auszustatten. Zwecks Solarzellen an Fassaden bittet er Herr Schneider um nähere Auskunft. Außerdem will er wissen, wann im nächsten Jahr welche Investitionen geplant seien. Er fragt, ob wieder ein Haushaltsantrag notwendig sei oder die Kosten bereits miteingeplant werden.

Stadtrat **Braumann** hält große öffentliche Gebäude ebenfalls sehr gut geeignet für Photovoltaikanlagen. Auch der Einsatz anderer nachhaltiger Energien sollte seiner Meinung nach in den Blick genommen werden, wie bspw. die Geo- oder Thermoenergie. Nicht nur städtische Gebäude, sondern auch Gebäude, an denen die Stadt Ludwigsburg finanziell maßgeblich beteiligt sei, sollten mit Solaranlagen ausgestattet werden, so Braumann. Er bittet um Auskunft zu Solarpanels an Fassaden, wie es beim Marstall-Center ursprünglich angedacht gewesen sei.

Stadtrat **Rothacker** betont, dass die CO₂-Neutralität 2050 ein großes Ziel der Stadt sei. Er pflichtet Stadtrat Braumann bei, dass man auch andere Energien beachten sollte. Den Solarpark finde er gut.

Damals wurde ein Wärmebehälter allerdings viel zu klein gemacht, was nicht sinnvoll war. Die Energiespeicherung sei heutzutage nach wie vor ein Problem, die gewinnende Energie müsse meist direkt eingespeist werden. Er finde den Weg gut, den die Stadt hier gehen will, sagt aber auch, dass nicht jedes Jahr ein Antrag diesbezüglich gestellt werden müsse.

Auch SPD-Stadtrat **Juranek** hält das Vorgehen für gut und sinnvoll. Gestalterisch seien die Photovoltaikanlagen manchmal kritisch zu sehen, z.B. wenn es um die historische Innenstadt gehe. Dort gebe es aber ohnehin fast keine Möglichkeiten, außer auf sichtabgewandten Seiten. Auf Flachdächern würden Solaranlagen ohnehin besser funktionieren, bspw. auf den Schulen und Sporthallen.

Welche Möglichkeiten es unabhängig von Gebäuden noch gebe, will er wissen. Als Beispiel nennt er Überdachungen von Parkplätzen. Die Fraktion stimmt der Vorlage zu, wichtig sei ihm allerdings, dass der Ansatz architektonisch vertretbar sei.

Stadtrat **Eisele** bekennt, dass er von Photovoltaik begeistert sei. Die Auflistung der städtischen Potentiale halte er für sinnvoll. Er stimmt seinem Vorredner von den Freien Wählern zu, dass dieser Antrag nicht jedes Jahr gestellt werden müsse, manchmal reiche auch eine Anfrage. An Herrn Schneider von den Stadtwerken gewandt, fügt er hinzu, dass es sich um zwei interessante Modelle handle, die er vorgestellt habe. Das eine gebe es schon, das andere werde aktuell neu erprobt. Die Stadtwerke seien sehr innovativ, lobt er, und die Zusammenarbeit funktioniere gut. Es sollen möglichst viele Anlagen auf städtische Dächer gesetzt werden und möglichst viel Strom erzeugt werden. Das Potential der Sonne müsse genutzt werden. Er signalisiert Zustimmung.

BMin **Schwarz** hofft, dass weitere Untersuchungen bis zu den Haushaltsberatungen vorliegen, so dass sie sagen können, welche Investitionen möglich seien. Noch offen sei, ob nur mit der Stadt oder mit der SWLB, im Rahmen eines „Contractings“ zusammengearbeitet werden soll. Sowohl bei der Stadt als auch bei der SWLB gebe es große Fachkompetenzen.

Herr **Weißer** erklärt, dass seit Jahren im Haushalt unter der Position „Energetische Gebäudesanierungen“ Mittel für die Photovoltaikanlagen mit inbegriffen waren. Mittel für neuen Potentiale sollen noch mitaufgenommen werden. Flachdächer würden sich sehr gut für die Solaranlagen eignen. Überlegungen für das Anbringen von Photovoltaikanlagen gebe es z.B. auf Schulhofüberdachungen und Bushaltestellen.

Aber man wolle nicht alle Flachdächer mit Solarzellen belegen, sondern auch Dachbegrünungen anlegen. Diese seien gut für das Mikroklima der Stadt.

Steffen **Weeber** von der SWLB führt aus, dass Photovoltaikanlagen auf sonstigen Flächen noch in Planung seien, ein Konzept gebe es bisher nicht. Vorrangige Maßnahmen werden zuerst berücksichtigt. Das sei z.B. die Kampagne oder der Ausbau von Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Liegenschaften und Gebäuden.

Es gebe eine Förderung für drei Jahre. Private Photovoltaikanlagen werden bei den Quartierskonzepten mitberücksichtigt. Es wird geschaut, welche Dächer geeignet seien und dann müsse man mit den entsprechenden Bürgerinnen und Bürgern in Kontakt kommen. Alternative erneuerbare Energiequellen werden auch in den Blick genommen. Allerdings gebe es nur wenige Alternativen für die Stromgewinnung, deshalb setze man auf Photovoltaik.

Herr **Weißer** ergänzt zur Fassade der MHP-Arena, dass diese mit Solarmodulen bestückt werden könnte. Das Konzept müsse allerdings noch ausgearbeitet werden.

In diesem Zusammenhang erinnert Stadtrat **Eisele** an einen Antrag der FDP-Fraktion, die Fassade der Arena zu begrünen.

BMin **Schwarz** erwidert schmunzelnd, dass die MHP-Arena glücklicherweise mehrere Gebäudeseiten habe.

Herr **Weißer** bestätigt ihre Aussage. Es sei durchaus vorstellbar, die für Photovoltaik weniger ertragreichen Seiten der Arena zu begrünen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, beschließt BMin **Schwarz** den Tagesordnungspunkt. Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16.11.2020, Vorlagennummer 433/20 ist damit abgeschlossen. Sie beendet die öffentliche Sitzung.

TOP 3.1**Städtische Solardachrendite
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom
16.11.2020****Vorl.Nr. 433/20**

Beratungsverlauf:

Siehe TOP 3.